

PROTOKOLL

Sitzung des Beirats Mitte / Anwohner:innenversammlung vom 15. Juni 2021 zum Bauantrags- und Abbruchverfahren Kohlhöckerstraße

Anwesend

vom Beirat	Partei	Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
Jonas Friedrich	GRÜNE	Hellena Hartung (Ortsamtsleitung)
Joachim Musch		Manuela Jagemann (Protokoll)
Insa Drechsler-Konukiewitz		Armin Willkomm (Technik)
Waltraut Steimke		Müjgan Metin
John Hellmich	LINKE	
Dirk Paulmann	CDU	
Ingrid Kreiser-Saunders		Gäste
Ann-Kathrin Mattern		Herr Eickmann (SKUMS)
Birgit Olbrich	SPD	Herr Viering (SKUMS)
Holger Ilgner		Herr Petry (SKUMS)
Michael Steffen		Frau Goosmann-Karsten (SKUMS)
Peter Bollhagen	FDP	Frau Weder (SKUMS)
		Herr Rathsmann (UBB)
		Frau Wagner (Gewerbeaufsicht)
		Herr Belitz (evoreal)
		Frau Gräff (evoreal)
		Herr Sauermilch (Fa. Moss, Abbruch)
		Herr Manemann (Fa. Moss)
		Herr Sachmerda (Fa. Knoche u. Partner)
		Herr Bücking (GRÜNE, MdB)
		Herr Schumann (LINKE; MdB)

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Tagesordnung:

1. **Genehmigung der Tagesordnung**
2. **Vorstellung des Bauantrags zum Neubauvorhaben Kohlhöcker Straße 29**
3. **Abbruch des Bundesbankgebäudes in der Kohlhöcker Straße**
4. **Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**
5. **Verschiedenes**

Frau Hartung begrüßt die Gäste und führt in das Thema des Abends ein. Im Rahmen des Bauantragsverfahrens zum Neubauvorhaben Kohlhöcker Straße 29 ist der Beirat zu einer Stellungnahme aufgefordert. Aufgrund des berechtigten öffentlichen Interesses an diesem Großbauverfahren wird dieses Bauantragsverfahren in einer öffentlichen Sitzung behandelt. Verknüpft mit dem Bauverfahren ist das Abbruchverfahren für das alte Bundesbankgebäude, das für den geplanten Neubau zurückgebaut werden muss. Die Baustruktur und die Enge der Umgebungsbebauung bedeuten für den geplanten Abbruch eine besondere Herausforderung. Der Beirat hat daher am im November 2020 einen Beschluss gefasst, der zum Schutz der Anwohnerschaft und der gegenüberliegenden Schule besondere Bedingungen für das Abbruchverfahren vorsieht.

Die Sitzung wird als Video-Konferenz durchgeführt. Herr Willkomm gibt dazu eine kurze technische Einführung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

PROTOKOLL

TOP 2: Vorstellung des Bauantrags zum Neubauvorhaben Kohlhöcker Straße 29

Frau Gräff von der evoreal gmbH gibt einen kurzen Überblick über den Verfahrensstand. Der Bauantrag sei im Oktober 2020 beim Bauressort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingereicht worden. Im Februar 2020 sei in der Bürgerschaft der Vorhaben- und Erschließungsplan zum Bauverfahren beschlossen worden. Derzeitig warte man auf die Baugenehmigung.

Herr Belitz fasst noch einmal die wesentlichen Grundzüge der Bauplanung zusammen:

- das Hochhaus werde nun mit elf anstatt vierzehn Geschossen (wie noch im Architektenwettbewerb vorgehsehen) gebaut. Die Baumasse werde auf einige der anderen Gebäude verteilt
- Es werde 30% öffentlich geförderten Wohnungsbau geben anstatt der gesetzlich geforderten und ursprünglich geplanten 25%; von 179 Wohneinheiten seien nun 54 öffentlich gefördert, und zwar seien diese in Haus 2 (Kohlhöckerstraße) und Haus 6 (Salvadore-Allende-Straße) vorgesehen
- Wegerechte blieben erhalten und man plane Dachbegrünungen
- Das Tiefgeschoss bleibe wie im Bestand; über 2 Ebenen verteilt entstünden dort 158 Stellplätze

Herr Belitz stellt Pläne der Ansichten vor.

Nachfragen:

- Ein Sprecher der Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“ erkundigt sich, ob, wie im Baugesetzbuch vorgeschrieben, eine Kinderspielfläche von 10 m² pro Wohneinheit entstünde und ob diese direkt neben Tiefgarageneinfahrt an der Nordwand angeordnet würde.
AW: Die geplante Kinderspielfläche entspreche den Vorgaben des Baugesetzbuches und beim Standort an der Nordwand handele es sich um den endgültigen Standort.
- Eine weitere Frage bezieht sich auf den Durchführungsvertrag; werde das Gebäude mit einer Fassade aus Wärmeverbundsystem und Klinker Riemchen hergestellt und sei dieses Material recyclebar?
AW: Die Fassaden würden hergestellt wie im Durchführungsvertrag vorgesehen
- Ein Bürger fragt in Bezug auf die vorgestellten Ansichten, ob die Technikaufbauten auf den Dächern wie beispielsweise beim Neubau des August-Kühne-Hauses die Höhe eines zusätzlichen Geschosses erreichen würden.
AW: Es seien keine hohen Dachaufbauten erforderlich, da es sich um Wohnbebauung handele; man benötige nur Aufzugüberfahrten, die mit Abstand von der Dachkante errichtet würden und von unten nicht sichtbar seien.
- Herr Petry von der Stadtplanung ergänzt dazu, dass es mehrere Kinderspielflächen im Innenhof gebe und die erforderlichen Quadratmeterzahlen eingehalten würden. Es gebe keine einschränkenden Bestimmungen für die Verortung der Spielflächen, diese würden nicht neben den Abluftanlagen der Tiefgarage entstehen.

PROTOKOLL

- Ein weiterer Bürger bezweifelt, dass die Kinderspielfläche tatsächlich den Vorschriften entsprechend hergestellt werden wird und möchte wissen, ob diese nicht besonnt und windgeschützt hergestellt werden müssten. Die Flächen an der Nordfassade seien nicht besonnt? Des Weiteren stehe im Durchführungsvertrag, dass der Durchgang zum Imre-Nagy-Weg offengehalten werden müsse. Werde hier ein Wegerecht für die Stadt eingetragen?
AW: Es werde ein Wegerecht eingeräumt als Dienstbarkeit.
Der Bürger fragt nach, ob bei auftauchenden Problemen (z.B. Drogendealen) auch davon abgewichen werden könne.
AW: Herr Petry bestätigt dies, aber aufgrund der Belegung mit rund 180 Wohneinheiten sei nicht davon auszugehen.
- Frau Olbrich vom Beirat möchte wissen, ob beabsichtigt sei, die Durchgänge nachts zu schließen.
AW: Das sei bislang nicht vorzusehen.
- Herr Schumann von der Bürgerschaft fragt nach, ob man ggf. eine Concierge Regelung plane.
AW: Das sei bislang nicht vorgesehen.
- Herr Musch vom Beirat stellt als Sprecher des Fachausschusses für Bau, Mobilität und Verkehr die geplante Stellungnahme vor:
Er gibt zunächst einen Überblick über die bisherige Beiratsbeteiligung. Der Beirat habe mehrheitlich das Bauvorhaben befürwortet. Zwar habe man u. a. unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf die Baumasse, die Höhe gehabt, aber insgesamt das Bauvorhaben bejaht. Die Nutzung der Tiefgarage für Pkw-Stellplätze bedeute angesichts der Parkraumnot in der Umgebung ein Plus. Auch habe der Beirat von Anfang an darauf gedrungen, den öffentlichen Durchgang am Imre-Nagy-Weg auf Dauer zu erhalten. Hier dürfe es keine Einschränkungen geben, wie im Durchführungsvertrag vorgesehen. Der freie Zugang der Öffentlichkeit müsse durch eine Dienstbarkeit bzw. Baulast gesichert werden. Zum Baumerhalt habe der Beirat von Anfang an eine klare Position vertreten. Sowohl auf dem Grundstück als auch im Straßenbereich müssten so viele Bäume wie möglich erhalten bleiben. Dies gelte insbesondere für die Bäume, die aufgrund der Sicherstellung des zweiten Rettungsweges über Anleiterung zur Diskussion stünden. Hier vertritt der Beirat die Ansicht, dass der zweite Rettungsweg auch über die Planung von Sicherheitstreppehäusern oder Außentritten hergestellt werden könnte. Ein Ortstermin mit der Feuerwehr habe ergeben, dass aufgrund der Schleppkurven und der für die Anleiterung einzurichtenden Aufstellflächen die gesamte Oberfläche der Fußwege ertüchtigt werden müsse, da die Fußwege im Brandfall die bis zu 30t schweren Feuerwehrfahrzeuge tragen müssten. Da die Aufstellflächen darüber hinaus auch sehr groß sein müssten, würden faktisch nahezu alle Bäume an der Kohlhöckerstraße gefällt werden müssen. Danach müssten die Aufstellflächen mit Pollern vor dem parkenden Verkehr geschützt werden. Der Brandschutz würde damit komplett in den öffentlichen Raum verlegt. Das könne vom Beirat nicht akzeptiert werden. Ein zweites Problem ergebe sich mit den Bestandsbauten, die nicht abgerissen würden. Vor diesen Bestandsbauten sei eine Anleiterung zur Feuerrettung nicht vorgesehen, da diese derzeit über die

PROTOKOLL

Rückseite (Salvador-Allende-Straße) erfolge. Aber durch den Neubau falle dieser zweite Rettungsweg weg. In der Konsequenz müssten die drei Bäume vor den Bestandsbauten dann auch für Aufstellflächen fallen. Dieser Umstand sei nicht Bestandteil des Brandschutzkonzeptes des Bauantrags. Hier müsse nachgebessert werden.

Die derzeitige Planung stehe im Gegensatz zu dem im Landschaftsprogramm Bremen von 2015 festgeschriebenen Leitbild, das Wohnumfeld und die öffentlichen Grünbereiche in allen Stadtquartieren pflegen. Dies gelte insbesondere auch für historische Ortskerne und Gebiete mit prägendem Altbaumbestand. Nach Ansicht des Beirats sei die Planung noch nicht entscheidungsreif und müsste erneut bearbeitet werden. Der Beirat werde den Bauantrag zur Kenntnis nehmen.

- Herr Paulmann vom Beirat meldet sich und erklärt, die CDU-Fraktion habe das Hochhaus von Beginn an abgelehnt aus den bekannten Gründen; man fürchte die städtebauliche Auswirkung von 180 kleineren Wohneinheiten auf den Ortsteil. Zudem fürchte man, dass der neue Baukörper als Präjudiz für weitere Bauten herangezogen würde. Das Bestandsgebäude sei nicht unproblematisch, aber der derzeitige geplante Ersatzbau sei keine Alternative: Man sollte auf die kleinere Umgebungsbebauung mit weniger Wohneinheiten reagieren. Die vom Vorredner dargelegten Aspekte zum Baumschutz würden von der CDU vollumfänglich geteilt.
- Herr Bollhagen vom Beirat ergänzt, die FDP unterstütze den Neubau und auch die Schaffung von neuem Wohnraum. Er stimme dem Bauantrag zu, sei aber auch mit einer Kenntnisnahme einverstanden.
- Frau Olbrich vom Beirat erklärt den Standpunkt der SPD. Die SPD sei für Wohnbebauung. Die Beiratsbeteiligung habe mit der Beteiligung am Bebauungsplanverfahren begonnen. Eine andere Bebauung sei wünschenswert gewesen, aber in erster Linie sei wichtig, dass hier statt weiterhin eine Bauruine zu haben, Wohnraum geschaffen werde. Alternative Nachnutzungen seien geprüft worden, aber man habe keine realistische Alternative gefunden. Der Beirat habe sich für eine niedrigere Bebauung ausgesprochen, mit dem Ergebnis, dass das geplante Hochhaus von vierzehn auf elf Stockwerke reduziert worden sei. Man sei der Ansicht, dass die Forderung nach Sicherheitstreppenhäusern noch umgesetzt werden könne; die Begrünung des Komplexes wäre dem gesamten Projekt zudem zuträglich.
- Frau Goosmann-Karsten von der Bauordnung erläutert, dass die Herstellung des zweiten Rettungsweges für die Bestandshäuser Nr. 24 und 25 für die Anleiterung von vorne geplant gewesen sei; die Baumpflanzungen seien zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Der Brandschutz dieser Bestandsbauten dürfe nicht zu Lasten des Neubaus gehen.
- Eine Anwohnerin möchte wissen, ob alle Bewohner:innen über eine Anleiterung gerettet werden könnten?

AW: Hierzu gebe es eine positive Bewertung der Feuerwehr.

Frau Gräff von der evoreal ergänzt, die Notwendigkeit der Baumfällungen zur Sicherstellung des Brandschutzes sei bereits im Bebauungsplanverfahren bewertet und abgewogen worden zugunsten der Schaffung von neuem Wohnraum. Sicherheitstreppenhäuser erforderten mehr

PROTOKOLL

Fläche. Eine jetzige Änderung mache erforderlich, dass 50% der Planung überarbeitet werden müssten. Es bedeute einen Eingriff in die Statik und habe weniger Wohnraum zur Folge: Fünf Wohnungen würden dafür entfallen. Für die komplexere Technik müssten neue Gutachten erstellt werden. Sicherheitstreppehäuser bedeuteten höhere Betriebskosten für die späteren Nutzer:innen, mehrere Monate Umplanung und ein neuer Bauantrag.

- Herr Belitz von der evoreal verweist auf die Ersatzpflanzungen. Dies könne man sich auf dem Schulhof der Schule vorstellen. Man habe diesbezüglich bereits Kontakt zu der Senatorin für Kinder und Bildung sowie den Umweltbetrieben Bremen (ubb) und Herrn Petry von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) zur Nachpflanzung von Säulen-Eichen aufgenommen. Des Weiteren gebe es Ersatzpflanzungen im Imre-Nagy-Weg.
- Herr Musch gibt zu bedenken, dass Nachpflanzungen viel kleiner seien. Er wiederholt: Der Brandschutz werde in den öffentlichem Raum verlagert. Für das Hochhaus gebe es eine Planung für ein Sicherheitstreppehaus. Eine getrennte Betrachtung des zweiten Rettungsweges für die Bestandbauten sei nicht gerechtfertigt. Das Argument, eine Umplanung dauere zu lange und sei zu teuer, könne man nicht gelten lassen. Hier werde ein prägendes Gebäude für die nächsten 50 bis 100 Jahre geplant. Es sei Aufgabe des Beirats den öffentlichen Raum zu schützen, dies sei ein hohes Gut. Durch die Baumfällungen werde die Planung dem Denkmal-Ensemble in der Nachbarschaft nicht gerecht.
- Ein Bürger erinnert an die Bestimmungen zum Denkmalschutz, die sich auf das Bauen im Zusammenhang bewohnter Ortsteile beziehen würden. Der Aufwand für Sicherheitstreppehäuser sei lachhaft. Er erkundigt sich, ob Wärmeverbundsysteme geplant seien? Ob diese nicht brennbar seien?
- Ein weiterer Bürger erklärt, dass man alternative Planungen hätte machen müssen. Der Wegfall von fünf Wohneinheiten zugunsten des Einbaus von Sicherheitstreppehäusern sei lachhaft. Dass man die Fassade nicht aufgelockert habe, sei schlechte Architektur.
- Frau Olbrich fragt, warum man statt des Einbaus von Sicherheitstreppehäusern nicht über Außensicherheitstreppe nachdenke.
- Die Stellungnahme des Beirats mit der Kenntnisnahme des Bauantragsverfahrens wird zur Abstimmung gestellt. Es sind zwölf von fünfzehn Beiräten anwesend. Davon:
Zustimmung: 8
Enthaltung: 1
Dagegen: 3
Die Stellungnahme ist damit mehrheitlich angenommen.

TOP 3: Abbruch des Bundesbankgebäudes in der Kohlhöcker Straße

Im Anschluss an die Behandlung des Bauantragsverfahrens zum Neubau Kohlhöcker Straße wird der dafür erforderliche Abbruch des Bundesbankgebäudes mit der Anwohnerschaft erörtert. Die Vorstellung der Details zur Abbruchplanung beginnt mit der Beweissicherung, die Herr Sachmerda

PROTOKOLL

von der Firma Klocke + Partner erläutert. Er zeigt eine planerische Darstellung der Gebiete die in die Beweissicherung mit aufgenommen werden. Einbezogen würden alle an das Baufeld angrenzenden Häuser der Straßen Kohlhöcker Straße, Salvador-Allende-Straße und die rückwärtige Bebauung mit der Adresse Rembertiring. Ergänzend würden denkmalgeschützte Gebäude in der näheren Umgebung sowie das Staatsarchiv und die Vonovia-Gebäude einbezogen. In diesem Gebiet würden Erschütterungsmessungen durchgeführt.

Dazu gibt es Fragen:

Eine Anwohnerin erkundigt sich nach der Bauzuwegung über die Salvador-Allende-Straße. Ob der Baustellenverkehr bei den Erschütterungsmessungen berücksichtigt werde?

Ein Anwohner fragt, warum die Eckgebäude zum Remberti-Kreisel und der Kirche nicht einbezogen seien?

AW: bei der Planung sei die Baustellenzufahrt noch nicht bekannt gewesen, zudem würden nur Auswirkungen des Abbruchs berücksichtigt.

Frau Hartung ergänzt, der Radius der geplanten Beweissicherung sollte weiter gezogen werden. Sie fragt nach: Beziehe sich die Beweissicherung auch auf Straßengrund?

AW: Nein, dafür sei nicht der Bauträger zuständig.

Ein Anwohner möchte wissen, ob für den Neubau Grundwasserabsenkung erforderlich seien, z.B. für die Tiefgarage?

AW: Der zweigeschossige Keller bleibe vollständig erhalten.

Herr Sauerlich vom dem Abbruchunternehmen Moss stellt sich und sein Unternehmen vor: Das Unternehmen habe in Bremen bereits das ehemalige Leffers-Kaufhaus, die ehemalige Telekom-Liegenschaft, das alte Kühne & Nagel-Gebäude u.v.m. abgebrochen. Es handele sich um einen Familienbetrieb mit 150 Mitarbeiter:innen aus dem Emsland. Schwerpunkt sei der Gebäudeabbruch, man führe aber auch Erdarbeiten und Recycling durch. Die Firma habe alle Zertifikate und Gütezeichen der Branche und sei ein Entsorgungsfachbetrieb für jegliche Größe.

Zum aktuellen Abbruch des Bundesbankgebäudes:

Folgende Fahrwege seien geplant:

- Ein Lkw- Stellplatz am Rembertiring
- Die Zufahrt über Salvadore-Allende-Straße
- Ausfahrt über Salvadore-Allende-Straße und Kohlhöcker Straße mit Sperrung des Gehwegs, weiter über Präsident-Kennedy-Platz - Contrescarpe - Richtweg und Herdentorsteinweg
- Für das Einbringen von Material in das Bundesbankgebäude zur Verfüllung der Betonwanne im Tiefgeschoss mit Ballast werde die Zufahrt zum Tiefgeschoss genutzt

Herr Mannl von Amt für Straßen und Verkehr (ASV) ergänzt:

Es dürfe keinen Begegnungsverkehr von Lkw geben. Daher habe man einen Ringverkehr mit einer Wartezone am Rembertiring geplant, der Stauungen verhindern solle. Dabei müssten kreuzende Radverkehrsströme berücksichtigt werden. Es seien Testfahrten durchgeführt worden.

Weitere Fragen:

PROTOKOLL

Frau Steimke vom Beirat fragt nach ob Recycling geplant sei und gibt einen Hinweis auf ein Bremer Unternehmen, dass Abraum abnimmt.

AW: Das Material werde nicht auf der Baustelle recycelt, sondern auf dem Recycling Platz der Firma Lübbers: Es werde recycelt und wiederverwendet. Auch sei die Bauteilebörse kontaktiert und werde mit beteiligt, sobald die Abbruchgenehmigung vorliege.

Herr Sachmerda ergänzt zur Beweissicherung der öffentlichen Straßen: Fahrwege würden üblicherweise nicht einbezogen, aber Rückmeldungen von Bürger:innen würden berücksichtigt.

Ein Anwohner erkundigt sich nach einem Schadstoffkataster?

AW: Es gebe ein Gutachten von der Fachfirma UMTEC: Alles sei geprüft und dokumentiert
Gebe es ein Schadstoffentsorgungskonzept, einen Schadstoff-Beauftragten?

AW: Ja, es gebe beides.

Frau Wagner von der Gewerbeaufsicht ergänzt: Das Gutachten sei geprüft worden, es sei schlüssig und dem Stand der Technik entsprechend. Es müssten Fachbetriebe eingesetzt werden, Asbestmaterial müsse bei Behörde angezeigt und in fest verschließbaren Container und in Lkw mit Abdeckung entsorgt werden.

Es wird gefragt, wie viele Ladungen geschätzt abgefahren werden müssten?

AW: Man rechne mit ca. zwei Sattelfahrzeugen pro Stunde beim Abtransport, aber erst beim Ausbau des Kellers.

Herr Sauermilch fährt fort: Der Abbruch erfolge von der Salvador-Allende-Straße in Richtung des BLG-Gebäudes in voller Breite. Das Abbruchmaterial werde zunächst in den zwei Untergeschossen als Ballastmaterial Verwendung finden. Es gebe keine Umfahrung des Gebäudes. Der Rohbau folge dem Abbruch hinterher. Geplant sei, im August 2021 mit dem Abbruch zu beginnen und diesem im Februar 2022 zu beenden. Im März und April sei das Abräumen des Bauschutts vorgesehen.

Frau Hartung erkundigt sich, welches Abbruchverfahren angewendet werden soll und welche Schutzmaßnahmen.

AW: Die Fassade an der Kohlhöcker Straße werde so lange wie möglich erhalten bleiben, zum Schutz der Anwohnerschaft. Für den Abbruch werde ein Longfront-Bagger mit Zange und ein Stemmerhammer, der dem Zangenabbruch Angriffsflächen bieten soll, eingesetzt. Die Staubbelastung der Umgebung werde durch Sprüh-Nebel an den Greifzangen der Bagger und durch Feuchthalten des Abbruchgutes so gering wie möglich gehalten. Gummimatten böten einen Schutz gegen herabstürzende Teile.

Die evoreal plane, eine Internetseite zur Information der Anwohnerschaft einzurichten. Darauf würden zur ständigen Erreichbarkeit die Telefonnummern des Bauleiters (Herr Manemann) und des Poliers angegeben. Im Umfeld würden Erschütterungsmessgeräte aufgestellt. Der Abbruch gliedere sich in die folgenden Phasen:

1. Entkernung / Schadstoffsanierung für ca. 3 Monate (August / September / Oktober)

Hier sei eine zertifizierte Schadstoffsanierungsfirma beauftragt mit dem Containerverkehr zur Abfuhr von Schadstoffen. Parallel dazu werde Füllmaterial (Kies) gegen den Auftrieb über die Tiefgarageneinfahrt angeliefert.

PROTOKOLL

2. Sodann erfolge nach ca. 2 ½ Monaten der maschinelle Abbruch von der Salvadore-Allende-Straße bis zum BLG-Gebäude mit der oben beschriebenen Vorgehensweise unter Einsatz von Wasser.
3. Zuletzt werde die Fassade Kohlhöckerstraße unter dem Einsatz von Gummi-Matten abgebrochen.
Hierzu gibt es eine Zwischenfrage. Die Fenster der Fassade bestünden aus Panzerglas. Ob das Probleme bereiten würde?
AW: Das sei kein Problem. Das Glas sei Bestandteil des Recycling-Materials.
Es wird nachgefragt: Aber das sei doch sicher sehr lärmintensiv?
AW. Ja, das werde viel Lärm machen.
4. Danach würden die Kelleraußenwände gesichert.
5. Dann würde mit dem Rohbau begonnen, parallel dazu der Bauschutt aus dem Keller entfernt.
6. Zum Schluss erfolge der Bau des Kellers.

Die Arbeitszeiten seien Montag bis Freitag, 07:00 bis 18:00 Uhr mit zwei halbstündigen Pausen (montags u. freitags weniger zum Schutz der Arbeitnehmer:innen)

Um die Schüler:innen vor Lärm und Staub zu schützen werde eine Lärmschutzwand vor der Schule (Aluminiumpaneele mit Gummilippen) errichtet.

Frau Hartung wirft ein, dass diese auch während der Neubauarbeiten aufgestellt bleiben solle.

Zudem erwarte der Beirat Arbeitspausen des Lkw-Verkehrs vor Schulbeginn und Ende um ca. 08:00 bzw. 13:30 Uhr.

Fragen:

Der Beiratssprecher Herr Friedrich und Herr Paulmann erklären, dass der Schutz des Schulwegs prioritär sei und gegebenenfalls Schüler-Lotsen zum Einsatz kommen sollten. Sie fragen, ob Belüftungsanlagen für die Klassenräume geplant seien und wie viel Dezibel von dem Baustellenlärm noch hinter der Lärmschutzwand zu hören seien.

AW: Das Gerüst werde mit Abstand aufgestellt, um Lüftung zu gewährleisten. Die Lärmreduzierung durch die Lärmschutzwand erreiche 20 Dezibel. Dies sei eine sehr deutliche Reduzierung, die ausreiche, dass Schüler:innen arbeiten könnten.

Die Schulleiterin Frau Richter gibt zu bedenken, dass alle Klassenräume zur Kohlhöcker Straße hin belüftet werden müssten und dass bereits jetzt die Lärmbelastung eines vorbeifahrenden Müllfahrzeugs ausreiche, dass der Unterricht unterbrochen werden müsse.

Es wird nachgefragt, wie die Salvador-Allende-Straße gesichert werde?

AW: Schwerlastverkehr sei auf der Salvador-Allende-Straße möglich, die Traglast reiche aus. Eine Ausnahme seien Schwerlasttransporte: Diese würden gesondert betrachtet. Schüler-Lotsen seien eine gute Idee, man werde das mit Frau Richter besprechen. Die Schule solle aber auch die Kinder informieren.

Herr Paulmann schlägt vor, gegebenenfalls auch die Kontaktpolizisten zu beteiligen.

PROTOKOLL

Eine Anwohnerin hat eine Nachfrage zur Tragfähigkeit der Salvador-Allende-Straße?

AW: Hierauf antwortet Herr Mannl vom Amt für Straßen und Verkehr. Alle Bremer Straßen genügen den Ansprüchen, die sich aus der Straßenverkehrsordnung ergäben.

Es wird nachgefragt: Sind Schäden durch Schwerlastverkehr erkennbar?

AW: Es gebe immer ein Sonder-Risiko bei Sonder-Maßnahmen. Daher werde vorher der Ist-Zustand aufgenommen, es gebe eine Beweissicherung und der Bauträger müsse hinterher reparieren.

Frau Wagner fügt hinzu, dass die Mitarbeiter:innen von der Gewerbeaufsicht stets als Ansprechpartner für Fragen zur Verfügung stünden. Sie stünden zudem in Kontakt mit den Unternehmen.

Frau Olbrich bittet, auch diese Telefonnummern für die Anwohner:innen zu veröffentlichen und die Information auch auf der Homepage des Ortschaftes zu veröffentlichen.

TOP 4: Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

- Eine Anwohnerin aus der Oberweserstraße beschreibt die derzeitige Situation im Ostertor, im Milchquartier und am Osterdeich: seit ein paar Wochen eskaliere die Lage. Immer mehr Jugendliche würden Partys feiern, was mit Lärm und den mit Trunkenheit einhergehenden Folgen wie leichtsinniges Verhalten im Straßenverkehr und Urinieren in der Öffentlichkeit und in den Vorgärten einhergehe. Sie fragt nach dem Einsatz von Toilettenwagen und zusätzlicher Beleuchtung am Wochenende? Ob man möglicherweise den Autoverkehr wie bei Breminale untersagen könne?

AW: Frau Harttung erwidert, dass das Ortschaftsamt sich bereits intensiv bei den verschiedenen Ressorts (Stadtreinigung, Inneres etc.) wie auch der Polizei um Lösungen bemühe. Die Situation sei auch für die Polizei neu.

Die Anwohnerin sagt, man müsse die Polizei sensibilisieren und nach gemeinsam Lösungen suchen. Ihr gehe es vor allen auch um den Schutz der Feiernden. Man benötige dafür die entsprechende Infrastruktur.

- Herr Ilgner vom Beirat fürchtet, dass das Problem zunächst bleiben werde. Man müsse dafür eine geeignete Form der Bearbeitung oder ein geeignetes Sitzungsformat finden.
- Frau Harttung berichtet, dass das Thema im Präventionsausschuss in der nächsten Woche behandelt werde. Herr Paulmann weist in diesem Zusammenhang auf die starke Vermüllung des Osterdeichs, die ebenfalls eine Folge der oben geschilderten Situation sei, hin.

TOP 5: Verschiedenes entfällt

Sitzung beendet: 21:30 Uhr

Vorsitz

Hellena Harttung

Sprecher Beirat ÖV

Jonas Friedrich

Protokoll

M. Jagemann & M. Metin

Technik

Armin Willkomm